Die ver.di Branchenzeitung

www.verlage.verdi.de | www.druck.verdi.de | www.papier.verdi.de

DRUCK + PAPIER

Nr. 4 | September 2016 | Jahrgang 154

www.verdi-drupa.de

Los geht's

Collage: werkzwei, Detmold, Foto: Andrejs Pidjass

Nur noch wenige Wochen. Dann startet die Tarifrunde in der Papierverarbeitung. Wird sie so zäh wie die vorherige? Welche Forderung ist fällig? Und was hilft, mehr Lohn durchzusetzen? | MICHAELA BÖHM

Eines tun die Papierverarbeiter nicht mehr. »Wir werden uns nicht mehr am Abschluss der Druckindustrie orientieren, das ist vorbei«, sagt Hans Maurer, Betriebsratsvorsitzender bei Edelmann Pharmadruck in Weilheim. Denn in der Druckbranche kriselt es seit Jahren, was sich in niedrigen Lohnabschlüssen und langen Laufzeiten niederschlägt. Zuletzt hat ver.di für die Beschäftigten in der Druckindustrie 3,8 Prozent mehr Lohn in 29 Monaten herausgeholt.

»Für uns muss mehr drin sein«, sagt Werner Kulack, Betriebsrat bei DS Smith in Minden und Mitglied der Tarif- und Verhandlungskommission. Er wird sich dort für zwei Dinge einsetzen: keine Einmalzahlung und eine kurze Laufzeit. Und er entkräftet gleich ein Gegenargument: Den aggressiven Preiskampf, den sich Unternehmen etwa in der Wellpappe liefern, hätten die Beschäftigten nicht verursacht. Sie dürften deshalb auch nicht mit einer mickrigen Lohnerhöhung abgespeist werden.

Effektive Nadelstiche

Eine richtig kräftige Lohnerhöhung findet Michael Heizmann angemessen. Er ist Europäischer Betriebsratsvorsitzender beim österreichischen Karton- und Faltschachtelproduzenten Mayr-Melnhof. Der Konzern steigert seinen Gewinn Jahr für Jahr. Zuletzt legte er um acht Prozent auf 142 Millionen Euro zu. Davon sollten die Erwerbstätigen auch profitieren.

Außerdem hätten die Beschäftigten einen enormen Nachholbedarf, argumentiert Michael Heizmann, der auch Vorsitzender des Betriebsrats in dem 65-Mann-Frau-Betrieb Graphia Innovaprint in Delmenhorst ist. Über mehr als zehn Jahre hatten sich die Reallöhne nicht nach oben bewegt oder waren sogar geschrumpft. Erst in den vergangenen zwei, drei Jahren stiegen die Entgelte stärker als die Preise. Damit tatsächlich mehr drin ist im Geldbeutel, muss es ordentliche Tariferhöhungen geben. Was Heizmann besonders ärgert, sind unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen: »Das sind Geschenke an Unternehmen. Das muss aufhören.«

Allerdings geht es jetzt in der Tarifrunde für die rund 100.000 Beschäftigten um mehr Geld und nicht um Arbeitszeit. Über die konkrete Forderung entscheidet die Tarifkommission am 22. September, nach Redaktionsschluss.

Und wenn die Arbeitgeber nur mickrige Angebote machen? Dann, sagt Werner Kulack, sollte ver.di wieder auf die Strategie der Nadelstiche zurückgreifen: plötzlich, unerwartet und mal hier, mal dort zum Streik aufrufen. »Das ist effektiver als Arbeitsniederlegungen, auf die sich die Unternehmen vorbereiten können.«

Aktuelle Infos zur Tarifrunde:
www.verlage-druck-papier.verdi.de

AUS DEM INHALT

Zusteller zahlen Zeche
Neue Geschäftsideen der Firmen gehen zulasten der Zeitungsboten. *Seiten 4 und 5*

Unter Druck
Papierverarbeitung: Konkurrenz durch tariflose Billigheimer. Die Alternative wären allgemeinverbindliche Tarifverträge. *Seiten 6 und 7*

»Gut, dass es uns gibt«
Im Herbst sind JAV-Wahlen *Seite 10*

Plakat zum Aufhängen
Tarifrunde: Von der Forderung zur Durchsetzung
Mittelseiten 8 und 9

NÄCHSTE AUSGABE

Die nächste Ausgabe erscheint **gedruckt im November 2016**.

DIESE AUSGABE

… gibt den Startschuss zur Tarifrunde in der Papierverarbeitung. Die ver.di-Tarifkommission beschließt die Forderung am 22. September, also nach Redaktionsschluss. Klar ist aber schon jetzt: Kräftige Lohnerhöhungen sind angesagt. Denn die Beschäftigten leisten nicht nur gute, sondern auch harte Arbeit. Das belegt eine von ver.di im Frühjahr durchgeführte Befragung. Sie zeigt auch: In der Branche sind viele unsicher, ob sie bis zum gesetzlichen Rentenalter in ihrem Job durchhalten. Ältere Kolleginnen und Kollegen brauchen dringend Entlastung. Wir werden diskutieren, wie wir das nach der Tarifrunde gemeinsam angehen. Fest steht: Weder beim Gehalt noch bei den Arbeitsbedingungen bekommen wir irgendwas geschenkt. Wer mehr will, muss rein: in die Gewerkschaft. Beitreten geht übrigens auch online: www.mitgliedwerden.verdi.de. Weitersagen!

Anderswo bewegt sich ebenfalls nichts, wenn wir uns nicht bewegen. Zum Beispiel bei den Zeitungszustellern. Beim Mindestlohn werden sie auch im kommenden Jahr noch diskriminiert. Zusätzliche Aufgaben wie das Austragen adressierter Zeitschriften und Werbung erhöhen den Arbeitsdruck. Auch wenn es schwierig ist: Das wird sich nur ändern, wenn die Beschäftigten flächendeckend durch Tarifverträge und Betriebsräte geschützt sind.

Foto: Astrid Sauermann

Leider ist das auch in vielen anderen Branchen längst nicht (mehr) der Fall. So auch in der Papierverarbeitung. Die tarifgebundenen Betriebe stehen unter großem Druck tarifloser Dumpingkonkurrenten. Ein Mittel dagegen wären allgemeinverbindliche Tarifverträge. Leider sperrt sich der Unternehmerverband HPV weiterhin gegen diesen ver.di-Vorschlag.

Der Preisdruck der Firmen ist zum Teil hausgemacht. Er ist kein Grund für Lohnzurückhaltung in der Tarifrunde. Wie diese abläuft, zeigt ein Plakat auf den Mittelseiten dieser DRUCK+PAPIER. Wenn ihr es ans Schwarze Brett hängt, sehen das auch die noch nicht organisierten Kolleg/innen. **DANIEL BEHRUZI**

STRICHÄTZUNG

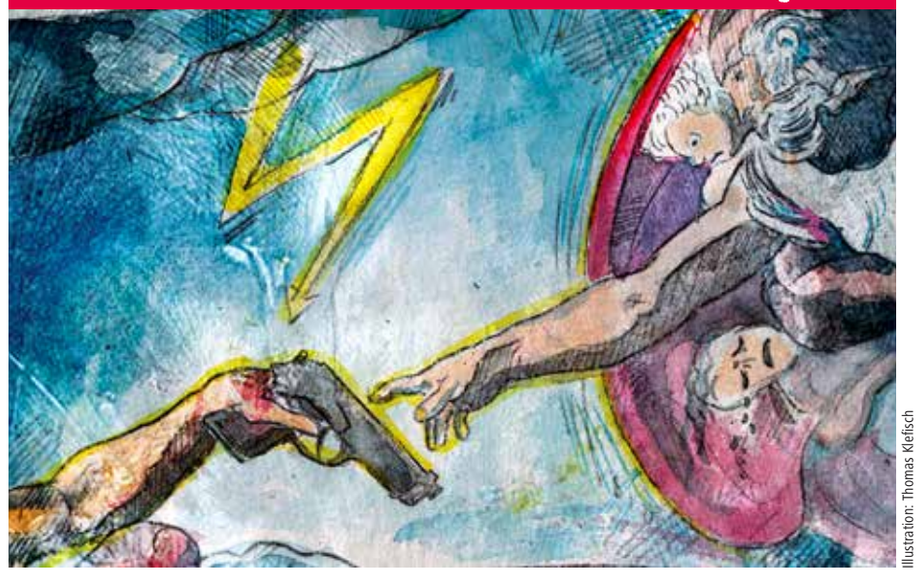


Illustration: Thomas Klefisch

Hoch angesehene Waffendealer

Für 7,9 Milliarden Euro hat Deutschland im vergangenen Jahr Waffen verkauft. Vor allem an Saudi-Arabien, Katar, Pakistan, Irak und Länder in Nordafrika – die allesamt von der Bundesregierung zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Wir liefern Waffen nur an unsere besten Freunde und auch nur, wenn sie uns vorher versprechen, die Dinger nicht zu benutzen. Und wenn doch, dann nur, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Doch eigentlich sind die Waffen zur Abschreckung da und zum Protzen. Also ein Luxusgut, letztlich wie Kunst. Wir sind stolz auf unsere Technik, die Präzision, Navigationsfähigkeit und Zerstörungskraft der deutschen Waffen. Ingenieure und Wissenschaftler arbeiten ständig daran, die Effektivität der Waffen weiter zu verbessern. Hoch angesehene Leute! Die Unternehmer: Hoch angesehene Leute! Die Facharbeiter, die Kommunikations- und Werbeabteilungen, die Lobbyisten der Waffenindustrie, Vermittler und Verkäufer: Hoch angesehene Leute! Alle, die mit der Produktion und Verbreitung von deutschen Waffen zu tun haben, genießen hohes gesellschaftliches Ansehen.

Einzig der, der am Ende das macht, wofür Waffen geplant, gebaut und geliefert wurden, ist nicht hoch angesehen: Der, der damit andere Menschen tötet. Das ist, als wären bei Drogen Anbau, Produktion und globaler Handel legal und nur der kiffende Endverbraucher kriminell.

Der Papst hat neulich mal wieder was im Flugzeug gesagt, diesmal zum Thema Waffen und Europas Forderung nach Frieden im Nahen Osten: »Wie soll man jemandem glauben, der einen mit der einen Hand streichelt und mit der andern Hand schlägt?« Ja, der Papst weiß, wovon er spricht, auch wenn er und seine untergebenen Handstreichler Frauenkleider tragen. Hat doch sein Laden stets dafür gesorgt, dass die hoch angesehenen Leute hoch angesehen sind. Zum Beispiel durch das Segnen von Waffen. Heilige Kriege sind schließlich keine Erfindung des Islams. **ROBERT GRIESS**

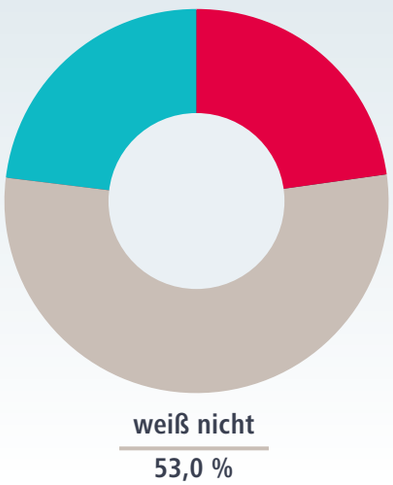
DIE MELDUNG HINTER DER ZAHL

1.813.000.000 Überstunden wurden 2015 geleistet, also rund 1,8 Milliarden. Das sind 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Durchschnitt ist jeder Beschäftigte etwa 47 Stunden länger im Einsatz als im Arbeitsvertrag festgeschrieben. Besonders empörend: Mehr als die Hälfte davon wird nicht bezahlt. Insgesamt 997 Millionen Arbeitsstunden verfallen. Für Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand ist das »ein Skandal, der schnell beendet werden muss«. Die Arbeitszeit müsse überall vollständig erfasst und entlohnt werden. »Gleichzeitig muss mehr dafür getan werden, überlange Arbeitszeiten zu vermeiden, damit Arbeit nicht krank macht.«

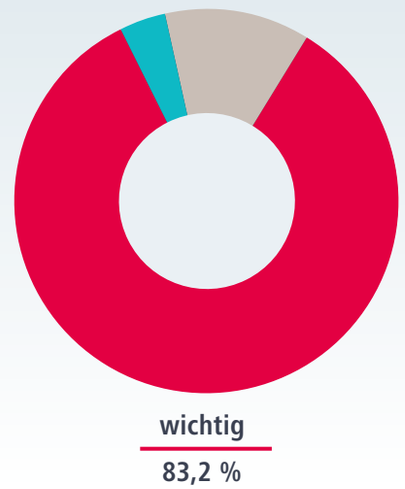
Grafik: werkzwei, Detmold; Quelle: IAB

BESCHÄFTIGTENBEFRAGUNG

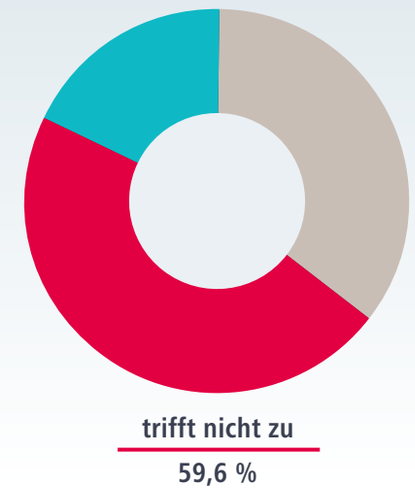
Ich kann meine derzeitige Tätigkeit bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben



Mir wäre eine Entlastung im Alter (zum Beispiel ab 55 Jahre) …



Im Betrieb bestehen ausreichend Weiterbildungsangebote, die ich in der Arbeitszeit wahrnehmen kann, um mich weiterzuqualifizieren



Quelle: ver.di-Beschäftigtenbefragung 2016; 1.666 ausgefüllte Fragebögen; Differenz zu 100 %: keine Angaben; Grafiken (3): werkzwei, Detmold

Beschäftigte schlagen Alarm

Kolleginnen und Kollegen in der Papierverarbeitung fordern Entlastung im Alter und Angebote zur Weiterbildung

Jeder vierte Beschäftigte in der Papierverarbeitung ist unsicher, ob er oder sie den Job bis zum gesetzlichen Rentenalter ausüben kann. Diese alarmierende Botschaft ist eines der Ergebnisse einer Befragung, die ver.di im Frühjahr in 42 Betrieben durchgeführt hat. Demnach hält deutlich mehr als die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsbelastung für zu hoch, »zum Beispiel weil immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit geleistet werden muss«. Vor allem Ältere haben Angst, nicht mehr mithalten zu können. Verständlich, dass die Entlastung im Alter für die meisten eine zentrale Forderung ist. Priorität hat für die Mehrheit dabei die Altersteilzeit (44,2 Prozent). Aber auch den Ausstieg aus bzw. die Reduzierung von Schichtarbeit bei Teillohnausgleich (29 Prozent) sowie eine Verkürzung der Arbeitszeiten (13,2 Prozent) können sich viele vorstellen. Eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge ist für fast drei Viertel der Befragten wichtig.

Mit ihrer Arbeitssituation insgesamt sind dennoch fast 60 Prozent der Kolleginnen und Kollegen zufrieden. Kritik äußern sie allerdings an unzureichenden Möglichkeiten zur Qualifizierung. Weniger als 15 Prozent berichten, dass es in ihrem Betrieb genügend Weiterbildungsangebote während der Arbeitszeit gibt.

In der nun anlaufenden Tarifrunde geht es indes nicht um Arbeitsbedingungen und Qualifizierung, sondern ums Geld. Die Befragung zeigt: Die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen sind hoch. Die Bereitschaft, dafür auf die Straße zu gehen, ebenfalls. Rund drei Viertel der Befragten erklären, sie würden sich im Rahmen der Tarifauseinandersetzung an betrieblichen Aktionen oder Streiks beteiligen. **DANIEL BEHRUZI**

Cartoon: Reinhard Alff

ARBEITSBEDINGUNGEN DER ZEITUNGSZUSTELLER

Foto: Christian von Polentz / transitfoto

Zusteller zahlen die Zeche

Angesichts sinkender Auflagen versuchen Unternehmen in der Zeitungszustellung, neue Geschäftsfelder zu erschließen – auf Kosten der Beschäftigten | DANIEL BEHRUZI

Morgens, Viertel nach fünf vor einem Berliner Mietshaus. Dutzende Briefkästen reihen sich aneinander. Die Augen von Björn Kaczmarek* huschen von links nach rechts und wieder zurück. Seit vielen Jahren arbeitet der 38-Jährige als Zeitungszusteller. Er hat Routine. Doch heute ist »Katalogtag«. Schon wieder findet er einen Namen nicht. »Kann doch nicht wahr sein«, murmelt er vor sich hin. Noch mal von vorn. Vielleicht gibt es die Adresse auf dem Etikett der *TV Today* ja doch. Womöglich bei den Briefkästen im anderen Eingang. Fehlanzeige. Ein Etikett auf die Zeitschrift, »Empfänger unbekannt« angekreuzt und zurück in den blauen Zustellwagen. Jetzt aber schnell weiter, er ist schon spät dran. Schon das Vorsortieren der adressierten Zeitschriften – an seinem Ablagepunkt in einem Hausflur – hat einiges an Zeit gefressen. Spätestens um sechs Uhr müssen alle Zeitungen und Zeitschriften im richtigen Briefkasten liegen.

Björn arbeitet für eine der Agenturen, die im Auftrag der Berliner Zustell- und Vertriebsgesellschaft (BZV) Tageszeitungen austrägt. Zusätzlich zu *Tagesspiegel*, *Morgenpost* und Co. müssen er und seine Kolleg/innen zurzeit zwei Mal in der Woche adressierte Abozeitschriften zustellen. Seit der Umstellung von Stück- auf Stundenlohn gibt es dafür kein Extra-Geld. Das Stecken der Magazine sei Teil der für die Touren veranschlagten Arbeitszeit, heißt es. Doch für die Zusteller bedeutet das wesentlich mehr Aufwand und Stress. Während sie bei Tageszeitungen irgendeine der richtigen Sorte aus dem Stapel ziehen können, sind die einzelnen Journale für eine konkrete Adresse bestimmt. Das erfordert einen ganz anderen Aufwand, schon beim Vorsortieren.

Arbeitsbedingungen leiden

»Die Infrastruktur der Zeitungs-Zustellagenturen ist für so was eigentlich gar nicht ausgelegt«, sagt Björn. Viele Zeitungsboten müssten die Ware in irgendwelchen Hauseingängen sortieren. Die Wagen seien nicht für adressierte Post konzipiert. Und bei Zeitschriften, die nur sporadisch zugestellt werden, müsse man häufig neu nach den richtigen Briefkästen suchen. »Noch schlimmer sind Kataloge und andere adressierte Werbung; da sind die Adressen ganz oft falsch«, berichtet Björn. In Berlin werden diese von den BZV-Agenturen derzeit nicht ausgeliefert. Wegen des Mindestlohns. Denn würden die Unternehmen auch reine Werbeprospekte und Kataloge zustellen, müssten sie ihren Beschäftigten den vollen Mindestlohn von aktuell 8,50 Euro pro Stunde bezahlen. »Bei uns be-

*Name von der Redaktion geändert

Auflagenrückgänge der Berliner Tageszeitungen

	Berliner Morgenpost	Der Tagesspiegel	Berliner Zeitung	Gesamt
2009	82.451	94.079	113.902	290.432
2016	56.602	81.415	72.429	210.446
Rückgang	25.849	12.664	41.473	79.985
in Prozent	31 ,3%	13,5 %	36,4 %	27,5 %

Quelle: IVW

Die Berliner Tageszeitungen haben seit 2009 durchschnittlich fast ein Drittel ihrer Auflagen verloren. Das macht auch der von den drei konkurrierenden Verlagen gemeinsam getragenen Zustellgesellschaft BZV zu schaffen, die seit 2012 rote Zahlen schreibt.* Über ihre Agenturen sind nach eigenen Angaben rund 1.800 Zustellerinnen und Zusteller für die BZV tätig. Sie liefern täglich 300.000 Tageszeitungen und jede Woche drei Millionen Anzeigenblätter aus.

* Zahlen liegen bis 2013 vor

fürchten viele, dass wir demnächst auch wieder diese ganzen Werbekataloge austragen müssen – spätestens bei Auslaufen der Sonderregelung für Zusteller.«

Denn die Zustellgesellschaften werden von ihren Eigentümern, den Verlagen, finanziell meist an der kurzen Leine gehalten. Sinkende Auflagen machen ihnen zu schaffen, da die Wege weiter werden, die Verteilung des Einzelexemplars aufwendiger. Anders als früher beim Stücklohn kann der Mehraufwand nicht mehr vollständig auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Die Unternehmen reagieren darauf mit dem Versuch, neue Geschäftsfelder zu erschließen – wie die Verteilung von Zeitschriften und Werbeprospekten. Mit der Folge, dass die Arbeitsbedingungen der Zusteller noch härter werden.

Foto: Jürgen Seidel

Zusteller haben einen harten Job mit regelmäßiger Nachtarbeit und oft schlechter Bezahlung.

Zuschläge gekürzt

Zugleich tricksen viele Firmen beim Mindestlohn. Björn zeigt einen Zettel. »Änderungsvereinbarung zum Arbeitsvertrag« steht oben drauf. Unter »Punkt 1. Grundvergütung« ist zu sehen, wie sich der Brutto-Stundenlohn entwickeln wird: von 6,38 Euro 2015 auf 7,23 Euro in diesem und 8,50 Euro im nächsten Jahr. So weit, so korrekt. Doch daneben steht, wie sich die abzugsfreien Nacht- und Sonntagszuschläge verändern: Statt wie noch im vergangenen Jahr 50 und jetzt 35 Prozent gibt es sonntags ab 2017 nur noch 20 Prozent. Nachts sinkt der Zuschlag von 25 auf 15 Prozent. Die Folge: Obwohl der Zusteller-Mindestlohn nach und nach auf die allgemeine Lohnuntergrenze angehoben wird, haben die Boten am Ende kaum mehr im Portemonnaie.

Das Grundproblem ist, dass es in den wenigsten Zustellgesellschaften Tarifverträge gibt. So auch in Berlin. Betriebsräte sind ebenfalls die Ausnahme. Deshalb muss jeder Zeitungsbote seine Bedingungen individuell aushandeln. Zum Teil würden einseitig die Nacht- und Sonntagszuschläge gekürzt oder Beschäftigte dazu veranlasst, neue Arbeitsverträge mit wesentlich geringeren Zuschlägen zu unterschreiben, berichtet ver.di-Sekretär Alfons Paus. Dabei habe das Bundesarbeitsgericht im vergangenen Jahr entschieden, dass bei Nachtarbeit Zuschläge von mindestens 25 Prozent, für Dauernachtarbeit von 30 Prozent angemessen sind (BAG 10 AZR 423/14 vom 9.12.2015). Ändern werde sich nur etwas, wenn sich genügend Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftlich organisieren, ist Paus überzeugt. »Sonst wird der finanzielle Druck der Verlage immer an die Zusteller weitergereicht, weil sie das schwächste Glied in der Kette sind.«

ver.di-Seminar für Betriebsräte aus Zustellbetrieben vom 6. bis 11. November in Gladenbach: www.bit.ly/SemZust

Foto: Werner Bachmeier

AN DIE REDAKTION zu DRUCK+PAPIER 3.2016, Seite 11

Zuerst wurden wir Zeitungsausträger dahingehend vertröstet, ab dem Jahr 2017 endlich den vollen gesetzlichen Mindestlohn zu bekommen. Nun habe ich aktuell zur Kenntnis genommen, dass Zeitungszusteller auch im Jahr 2017 mit dann 8,50 Euro brutto pro Stunde noch immer keinen vollen gesetzlichen Mindestlohn erhalten werden, der ab 1. Januar 2017 gemäß dem kürzlich erfolgten Beschluss der Mindestlohnkommission offiziell 8,84 Euro brutto pro Stunde beträgt.

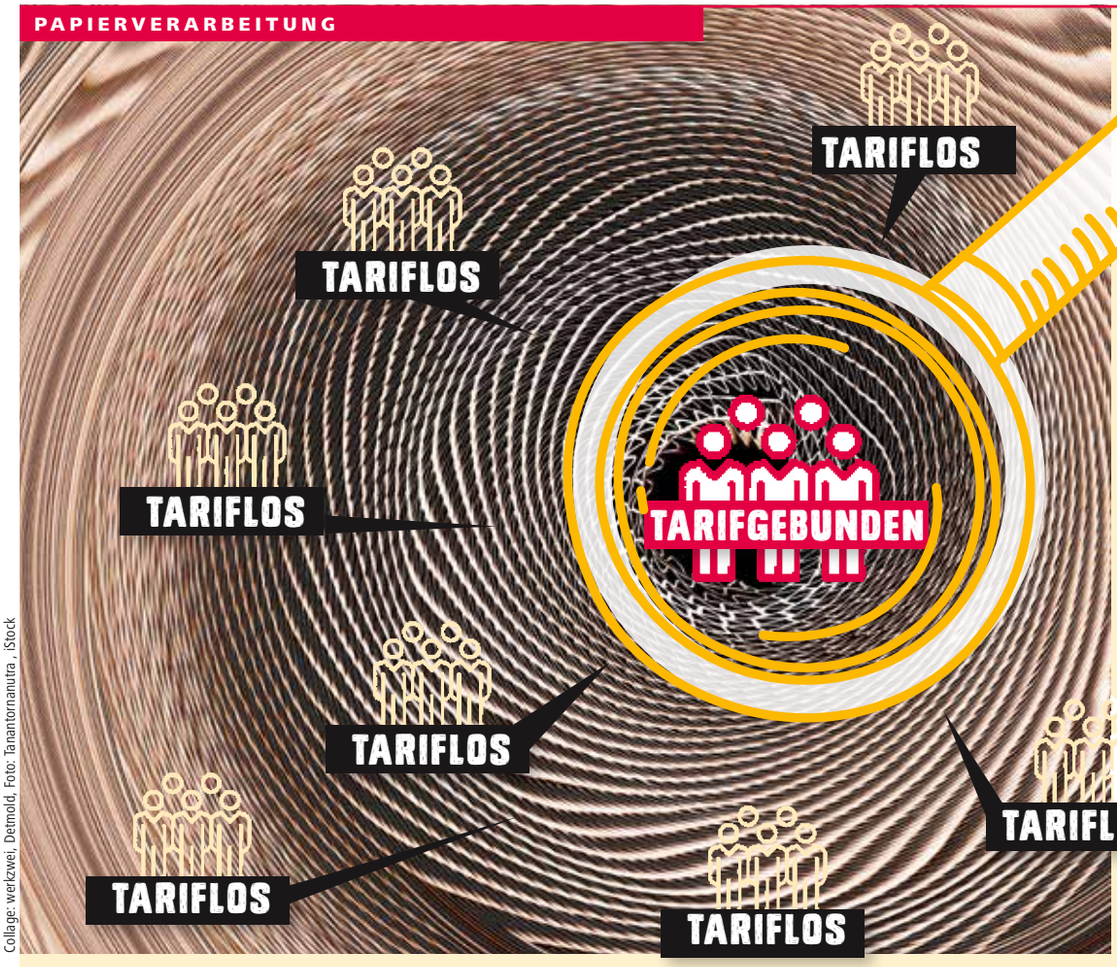
Tragen auch hierfür wieder Herr Schäuble & Co. die lobbypolitische Verantwortung? Oder hat diesmal ver.di in entscheidenden Gesprächen bzw. Verhandlungen zu wenig Rückgrat bewiesen? Diese wiederholte Entgeltbenachteiligung ist in jedem Fall eine überdeutliche Missachtung der in diesem bei Nacht, Wind und Wetter auszuübenden sowie körperlich anstrengenden Beruf zu erbringenden Arbeitsleistung.

Dass es mir angesichts dieser Gegebenheiten mittlerweile äußerst schwerfällt, Arbeitskolleg/innen von den Vorteilen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen, brauche ich an dieser Stelle wohl nicht weiter zu begründen.

Damit nicht nur die Kolleg/innen innerhalb des ver.di-Fachbereiches 8, sondern sämtliche Tageszeitungsabonnent/innen innerhalb von ver.di erfahren, was den Zeitungsverlagen trotz regelmäßig steigender Abopreise die bei Nacht, Wind und Wetter stets verlässliche, körperlich anstrengende Arbeit ihrer Zusteller/innen real wert ist, gehört der betreffende Artikel alsbald in den Hauptteil der ver.di Publik. Vielleicht führt dies zu einem größeren gewerkschaftlichen Widerstand als bisher, den die Zeitungsverlage nicht mehr so einfach ignorieren können. **ELGIN FISCHBACH, LEIMEN**

Anmerkung der Redaktion:
Die Benachteiligung der Zeitungszusteller bis Ende 2017 war bereits Teil des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014. ver.di hat gegen diese und andere Ausnahmen vom Mindestlohn energisch Widerstand geleistet und Proteste organisiert.

PAPIERVERARBEITUNG



Collage: werkzwei, Detmold, Foto: Tanantornanutra , iStock

Unter Druck

Pünktlich zur Tarifrunde klagen die Unternehmen noch lauter über sinkende Preise und schrumpfende Gewinnspannen als sonst. Gleichzeitig laufen die Maschinen fast rund um die Uhr und die Beschäftigten arbeiten mehr und flexibler. Was passiert in der Wellpappen- und Faltschachtelindustrie? Und was sind die Folgen? DRUCK+PAPIER hat genau hingesehen. | MICHAELA BÖHM

Nimmt man eine Lupe und schaut auf Nortrup im nordwestlichen Zipfel von Niedersachsen, entdeckt man eine Gemeinde mit 3.000 Menschen, mit einer Wurstfabrik und den Verpackungswerken Delkeskamp. Ein Familienunternehmen mit 508 Beschäftigten, tarifgebunden.

Doch schon im Umkreis sieht es anders aus. 60 Kilometer im Westen ist die Firma Prowell in Schüttorf: tariflos. Gleiche Entfernung im Süden – in Greven hat sich Schumacher niedergelassen. Auch ohne Tarifvertrag. Ein Arbeiter verdient zehn Euro pro Stunde, mal elf oder 13. Urlaubs- und Weihnachtsgeld zahlt der Chef freiwillig; und wenn es ihm passt, zahlt er es nicht mehr. Zuschläge gibt es keine, aber fünf Tage weniger Urlaub und fünf Stunden pro Woche mehr Arbeit als mit Tarif. Weiter zu Zerhusen Kartonage in Damme: auch tariflos. Und im Südwesten stößt man auf die Schweizer Model-Gruppe, die kürzlich P-Well kaufte. Dort arbeitet einer 39 Stunden, verdient elf Euro, hat nur 27 Tage Urlaub und kein Recht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und Zuschläge. Tariflos eben.

Eingekreist von Tariflosen

Die Firma Delkeskamp ist umzingelt von Betrieben ohne Tarifbindung. Kein Einzelfall. Etwa die Hälfte der rund 150 Wellpappbetriebe in Deutschland ist nicht tarifgebunden. Es ist ein Wettbewerb mit ungleichen Mitteln: Tariflose geizen bei den Löhnen und Gehältern ihrer Beschäftigten. Das macht es leicht, den Kunden mit niedrigen Preisen entgegenzukommen.

Für tarifgebundene Unternehmen bleibt das nicht ohne Folgen. Kürzlich vereinbarte Delkeskamp mit dem Betriebsrat, ganz tarifkonform, die Hälfte der Jahresleistung aufs nächste Jahr zu verschieben. Nicht gestrichen, nur verschoben. »Dennoch macht das die Belegschaft unruhig«, berichtet Kornelia Haustermann von ver.di. Die Kollegen und Kolleginnen fürchten weitere Einschnitte.

Denn die Unternehmen klagen quer durch die Republik, dass die Preise für Wellpappe und Faltschachteln absacken und die Gewinnspannen kleiner werden. Im Schnitt ist der Preisverfall nicht ganz so dramatisch wie behauptet. Doch in manch einem Betrieb wird beinahe zum Selbstkostenpreis produziert, fast ohne Gewinn. Hauptsache, die Maschinen laufen. Hauptsache, der Auftrag geht nicht an die Konkurrenz. »Wir wissen, dass Mitbewerber Aufträge annehmen, deren Preise um zehn bis 15 Prozent unter unseren liegen«, erzählt Werner Kulack, Betriebsratsvorsitzender bei DS Smith in Minden.

Verschärfter Preiskampf

Doch statt das Angebot knapp zu halten, damit die Preise wieder steigen, machen die Wellpappenunternehmen genau das Gegenteil: Sie vergrößern ihr Angebot, indem sie weitere Anlagen bauen. Wieder geht es nach Nortrup. Delkeskamp hat dieses Jahr eine neue Wellpappenanlage in Betrieb genommen mit einer Kapazität von rund 120 Millionen Quadratmeter pro Jahr. Genauso groß wie die komplett neue Anlage von Schumacher in Greven von 2015. Und Zerhusen in Damme baut gerade sein eigenes Wellpappenwerk. Kapazität: 140 Millionen Quadratmeter. Macht drei neue Anlagen innerhalb von zwei Jahren.

Das heizt den Preiskampf weiter an. Schon im vergangenen Jahr sagte Uwe Jahrsetz, Gesamtbetriebsratsvorsitzender von DS Smith: »Die Unternehmen schmeißen immer mehr Kapazität auf den Markt, in der Folge rauschen die Preise in den Keller und das Produkt wird immer billiger. Und wer zahlt die Zeche?«

Firmen fordern Gratisarbeit

Tarifgebundene Unternehmen setzen die Betriebsräte unter Druck: Die Arbeit soll billiger werden, damit sie mit den Tariflosen mithalten können. Das wollen sie etwa durch eine Maschinenauslastung rund um die Uhr erreichen. Also wird von Zwei- auf Drei-Schicht-Betrieb umgestellt. Und oft die Arbeitszeit verlängert. Sie argumentieren, dass tariflose Unternehmen ihre Belegschaften 39 oder 40 Stunden pro Woche arbeiten lassen und somit mehr Arbeit fürs gleiche Geld bekämen.

Das hätten die Tarifgebundenen auch gern. Und deshalb drängen sie die Betriebsräte, längeren Arbeitszeiten zuzustimmen – was nach Tarifvertrag zulässig ist. Ansonsten, drohen sie, stünden Arbeitsplätze auf dem Spiel. Oft sind die Stunden unbezahlt. Wie bei Klingele in Werne. 2,5 Stunden arbeiten die rund 215 Beschäftigten gratis. Seit vielen Jahren. Ende des Jahres läuft die Betriebsvereinbarung dazu aus.

Kein Einzelfall. Etwa ein Drittel der tarifgebundenen Betriebe nutzt die Öffnungsklausel. Damit erlaubt der Tarifvertrag, die Arbeitszeit mit oder ohne Lohnausgleich auf maximal 38 Stunden zu verlängern; ist die Arbeitszeitverlängerung unbezahlt, sind betriebsbedingte Entlassungen im Gegenzug ausgeschlossen.

Und jetzt auch der Faltschachtelproduzent Edelmann. Vier Millionen Euro müssten am Stammsitz in Heidenheim eingespart werden, erklärte die Geschäftsführung dem Betriebsrat. Andernfalls würden 80 Beschäftigte in der Produktion und zehn in der Verwaltung entlassen. Zuerst strich die Geschäftsleitung die Prämie; jeder Beschäftigte verliert pro Monat 200 bis 250 Euro. Weitere übertarifliche Leistungen wurden gekappt und schließlich die Arbeitszeit verlängert: 2,5 Stunden mehr, davon zwei gratis, eine halbe Stunde geht auf ein Zeitkonto.

»Wir hatten überhaupt keine Wahl«, sagt Betriebsratsvorsitzender Hans Schneiderhan. Entweder der Betriebsrat akzeptiere die Arbeitszeitverlängerung oder Abteilungen müssten verkauft werden. Von der IT, dem Stanzformenbau und der Druckvorstufe war die Rede. Das hätte rund 50 Beschäftigte den Tarifschutz gekostet. Den Kompromissvorschlag der ver.di-Mitglieder bei Edelmann, eine Stunde unbezahlt zu arbeiten und eine weitere aufs Konto zu schieben, lehnte die Geschäftsführung ab. »Die Belegschaft akzeptiert zähneknirschend«, berichtet Schneiderhan und muss in der Presse lesen, dass der Umsatz des Unternehmens im vergangenen Jahr um sechs Prozent auf 252 Millionen Euro gestiegen ist, Edelmann sich in Brasilien einkauft und eine Beteiligung in Indien anstrebt sowie für mehrere Millionen Dollar die US-Firma Bert-Co kaufte.

TARIFLOS

Während die Belegschaften gratis arbeiten. Nicht nur in Heidenheim – ähnliche Vereinbarungen gibt es auch in den Edelmann-Werken in Leverkusen, Weilheim und Lindau.

Die tarifgebundenen Unternehmen stehen unter Druck. Zweifellos. Schließlich hat die tariflose Konkurrenz geringere Kosten. Kein Zustand, dem man tatenlos zuschauen müsste. ver.di hat den Arbeitgeberverband HPV aufgefordert, gemeinsam Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen. Dann würde jeder Beschäftigte landauf, landab Tariflohn verdienen, egal ob der Betrieb tarifgebunden ist oder nicht. Doch das hat der Arbeitgeberverband für die Papierverarbeitung abgelehnt. »Das lässt nur einen Schluss zu: Die tarifgebundenen Unternehmen nutzen den Verweis auf die Schmutzkonkurrenz dazu, Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben zu verschlechtern und Löhne zu senken«, erklärt Andreas Fröhlich von ver.di.

INTERVIEW MIT GHAZALEH NASSIBI

Foto: Linus Lintner

Vor anderthalb Jahren ist das sogenannte Tarifautonomiestärkungsgesetz in Kraft getreten. Das hat den gesetzlichen Mindestlohn gebracht. Außerdem sollte es leichter werden, einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit beispielsweise Mindestlöhne in einer Branche für alle Beschäftigten des Gewerbes gelten, unabhängig davon, ob Arbeitgeber und Beschäftigte tarifgebunden sind. Zeit, mit Juristin Ghazaleh Nassibi vom Referat Tarifkoordination im DGB Bilanz zu ziehen.

DRUCK+PAPIER: *Wie viele neue Tarifverträge sind seit Anfang 2015 allgemeinverbindlich erklärt worden?*
Nassibi: Ganz wenige. Die meisten Fälle betreffen Folgeanträge bereits erteilter Allgemeinverbindlicherklärungen nach Tarifvertragsgesetz.

Früher galt noch ein 50-Prozent-Quorum. Es musste nachgewiesen werden, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Arbeitnehmer/innen einer Branche beschäftigen. An der Quote waren viele Anträge gescheitert, sie ist nun weg. Warum sind dennoch nicht mehr Tarifverträge allgemeinverbindlich?
Weil das Bundesarbeitsministerium das Gesetz äußerst streng auslegt. Die Antragsteller müssen belegen, dass der Tarifvertrag, der für allgemeinverbindlich erklärt werden soll, »überwiegende Bedeutung« hat, wie es im Gesetz heißt. Das Bundesarbeitsministerium verlangt also einen Nachweis darüber, dass die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben »erheblich« ist im Verhältnis zur Zahl aller Beschäftigten im Geltungsbereich des Tarifvertrags.

Das Quorum ist gefallen, wird aber dennoch indirekt angewendet?
Ja, offensichtlich möchte sich das Bundesarbeitsministerium vor Gericht unangreifbar machen.

Ein weiteres Problem ist das Veto-Recht der Arbeitgeber.
Das ist richtig. Heute ist es so, dass im Tarifausschuss auf Bundesebene je drei Vertreter/innen der Gewerkschaft und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände über den Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung entscheiden. Stimmen die drei Arbeitgebervertreter dagegen, ist der Antrag abgelehnt. Sie können einfach blockieren.

Wie ließe sich das ändern?
Indem das Gesetz so verändert wird, wie das der DGB seit Langem fordert. Reichen eine Gewerkschaft und ein Branchenarbeitgeberverband gemeinsam einen Antrag ein, dann braucht es eine mehrheitliche Ablehnung, also vier Stimmen und nicht drei wie heute. Aber dazu konnte sich die Bundesregierung bislang nicht durchringen.

Tarifrunde: Von der Forderung zur Durchsetzung

Am 31. Oktober läuft der Lohntarifvertrag für die rund 100.000 Beschäftigten der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie aus. DRUCK+PAPIER erklärt, wie die Tarifrunde abläuft.

1 Mitglieder entscheiden

Die bei ver.di organisierten Beschäftigten diskutieren in den Betrieben und auf Tarifkonferenzen über ihre Forderung. Sie wählen die 32 ehrenamtlichen Mitglieder der Tarifkommission und elf Angestellte in den Tarifausschuss.

2 Tarifkommission

Auf Grundlage der Mitgliederdiskussion und mit Unterstützung des Tarifausschusses beschließt die Tarifkommission die Forderung. Sie wählt die Verhandlungskommission mit in der Regel 20 Mitgliedern.

3 Verhandlungen

Kommt es bei den Verhandlungen mit dem Unternehmerverband HPV zu keiner Einigung, ruft ver.di die Belegschaften wenn nötig zu Streiks auf.

4 Mitglieder entscheidend

Was ver.di durchsetzen kann, hängt davon ab, wie viele Beschäftigte sich organisieren und an Aktionen teilnehmen. Die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden am Ende auch über das Ergebnis. Sei dabei!

MEHR DRIN MEHR WERT

www.mitgliedwerden.verdi.de

ver.di

Gestaltung: werkzwei, Detmold, Text: Daniel Behruzi

MELDUNGEN

Besser lernen mit »Augmented Reality«
»Social Augmented Learning« hilft Druck-Azubis offenbar tatsächlich, komplexe Abläufe besser zu verstehen. Die Methode ermöglicht eine dreidimensionale Darstellung des »Innenlebens« einer Druckmaschine (Siehe DRUCK+PAPIER 2.2015). Sie wurde an der Berufsschule SBBZ Saale-Rola-Kreis in Pößneck getestet. Dabei schnitten angehende Medientechnologen Druck, die mit Hilfe der neuen Technik lernten, deutlich besser ab als eine Vergleichsgruppe.

Online-Spiel: »Mala und die Billig-Zombies«
»Ob Kittel oder Blaumann – Auszubildende für faire Arbeitskleidung«. So heißt ein Projekt der Kampagne für Saubere Kleidung, der auch ver.di angeschlossen ist. In diesem Rahmen präsentiert sie ein Online-Spiel, das die schlechten Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Arbeitskleidung thematisiert. Die Näherin Mala muss unbeschadet durch eine Bekleidungsfabrik navigieren und dabei möglichst viele Knöpfe einsammeln. Am Ende hilft nur die Gründung einer Gewerkschaft, um das Spiel zu gewinnen. www.sauberekleidung.de/game

Herzlich willkommen!

Foto: Dirk Laessig

Seit Anfang September ist **Holm-Andreas Sieradzki** (35) neuer Tarifsekretär im Bundesfachbereich Medien, Kunst und Industrie.

Dr. Azubi hilft
In der Ausbildung gibt es viele Fragen und manchmal Probleme. Rat weiß Dr. Azubi, das kostenlose Online-Beratungsangebot der DGB-Jugend: www.dr-azubi.de

JAV-WAHL

Azubis profitieren davon, wenn es im Betrieb eine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) gibt. Im Herbst wird gewählt.

»Gut, dass es uns gibt«

Foto: Goodluz

Wer als Azubi ein Praktikum im Ausland macht, erhält vom Unternehmen finanzielle Unterstützung. Das ist nur ein Beispiel. Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) hat gemeinsam mit dem Betriebsrat in der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft in Potsdam einiges durchgesetzt. Doch das ist schon eine Weile her. Im Moment gibt es dort keine JAV – wie in vielen anderen Betrieben auch. Der Grund: »Wir hatten einfach zu wenige Azubis«, erklärt die Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner. Denn im Betrieb müssen mindestens fünf Auszubildende beschäftigt sein, damit sie eine JAV wählen können. In der Druckindustrie, aber auch in der Papierverarbeitung und manchen Verlagen ist das oft nicht der Fall. Bei der *Märkischen Allgemeinen* steigt die Zahl der Azubis mit dem neuen Ausbildungsjahr wieder auf insgesamt sieben. »Deshalb können wir jetzt einen Neuanlauf starten«, berichtet Wagner.

Für eine gute Ausbildung

Von Anfang Oktober bis Ende November werden bundesweit neue Azubi-Vertretungen gewählt. »Ich hoffe sehr, dass auch bei uns junge Kolleginnen und Kollegen kandidieren, denn eine JAV ist absolut sinnvoll – für die Azubis, aber auch für den Betrieb insgesamt«, betont Wagner. So setze sich die Jugendvertretung gemeinsam mit dem Betriebsrat für eine »zukunftsorientierte Ausbildung« ein. Angesichts der vielen Umbrüche sei das gerade in der Druckbranche und im Verlagswesen wichtig, so die Gewerkschafterin. »Wenn die Leute während der Ausbildung nur Rechnungen abheften, haben sie spätestens bei der Abschlussprüfung Probleme.«

Auch der Betriebsrat habe etwas davon, sich für die Belange der Auszubildenden und die Wahl einer JAV einzusetzen. »Das ist für beide Seiten fruchtbar«, sagt Wagner. Nicht zuletzt hätten viele der heutigen Betriebsräte einst als JAV-Mitglieder gelernt, ihre Interessen zu vertreten. »Die jungen Leute lernen, dass man nicht alles hinnehmen muss.«

»Können einiges bewegen«

So wie Sarah Köhler, die seit zwei Jahren in der JAV der Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) aktiv ist. »Ich finde es generell wichtig, sich für sich und für andere einzusetzen«, erklärt die 22-Jährige ihr Engagement. »Ich löse gerne Probleme.« Schon in der Schule war sie Klassensprecherin. Wie viele Rechte Azubis und die JAV haben, hat Köhler am Anfang überrascht. »Wir können schon einiges bewegen; das habe ich bei zwei JAV-Seminaren gelernt, auf denen ich war.« Für die Teilnahme an den Schulungen werden die JAV-Mitglieder freigestellt, finanziert werden sie vom Unternehmen.

Richtig große Probleme hätten die rund 30 Auszubildenden der Verlagsgruppe allerdings nicht. Sei dies doch einmal der Fall, suche die JAV gemeinsam mit der Personalabteilung oder dem Betriebsrat nach Lösungen. Das funktioniere gut. »Wir sind ein gutes Team«, meint Köhler.

Der Jugendvertreterin ist wichtig, dass die Azubis in der JAV gleichaltrige Ansprechpartner haben. »Da ist die Hürde nicht so hoch«, ist die angehende Mediengestalterin überzeugt. Manche Jugendliche hätten Hemmungen, die Personalabteilung oder den Betriebsrat direkt anzusprechen. »Deshalb ist es gut, dass es uns gibt.« Auch für den Zusammenhalt unter den Azubis und innerhalb der Belegschaft sei die JAV-Arbeit positiv. »Zum Beispiel organisieren wir ab und zu einen Stammtisch, bei dem man sich in lockerer Atmosphäre mal außerhalb des Betriebs austauschen kann.«

Damit es so etwas auch in Zukunft gibt, haben die JAV und der Betriebsrat bereits drei Azubis für den Wahlvorstand gewonnen. Sie werden jetzt erst mal auf einem Seminar geschult. »Damit alles korrekt abläuft«, erklärt Köhler. Sie selbst will auf jeden Fall erneut kandidieren. Weil sie es wichtig findet.

DANIEL BEHRUZI

JAV wählen

Alles zur JAV-Wahl: www.jav.info **Videoclip zu JAV-Wahl: www.bit.ly/JAVfilm**

TIPPS & ANGEBOTE

Künstlerischer Wettbewerb
Anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Buchdruckerverbands und der Gründung von ver.di vor 15 Jahren veranstaltet ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland einen Wettbewerb. Die Teilnehmer/innen sollen in einer der Kategorien Singer/Songwriter, Poetry oder Video/Bild den »Geist« der frühindustriellen Arbeiterbewegung in unsere Zeit transportieren. Alle Infos: www.printerslam.de

drupa-Nachlese
Am Mittwoch, dem 5. Oktober, diskutieren Gewerkschafter/innen im Druckmuseum Rendsburg über die Erkenntnisse aus der Branchenmesse: www.bit.ly/DruNach

MELDUNGEN

Druckerei Johannes Alt geschlossen
Nach einer monatelangen Hängepartie wurde die insolvente Druckerei Johannes Alt im hessischen Niederdorfelden Ende August endgültig geschlossen. Die rund 35 verbliebenen, vielfach langjährigen Beschäftigten stehen auf der Straße – mit äußerst geringen Abfindungen. Der Betrieb war vom früheren Eigentümer, der OGK Media Offset Gerhard Kaiser GmbH, regelrecht heruntergewirtschaftet worden (siehe DRUCK+PAPIER 1.2016). Trotz guter Auftragslage fand sich in der Insolvenzphase kein Investor, der die Druckerei weiterführen wollte. »Die Kolleginnen und Kollegen sind sehr enttäuscht und wütend. Sie haben bis zuletzt alles dafür getan, dass die Produktion weiterläuft«, sagt ver.di-Sekretär Hartmut Beckmann. »Es ist bitter, dass diese traditionsreiche Druckerei von Managern und Eigentümern an die Wand gefahren wurde, die nur ihre eigenen Interessen im Kopf hatten.« Auch die Interimsgeschäftsführung und die Insolvenzverwaltung seien offenbar nicht willens oder in der Lage gewesen, einen Neustart einzuleiten. »Eins steht fest«, betont Beckmann, »an der Arbeitsmoral und der Bereitschaft der Belegschaft hat es nicht gelegen.«

Neue Entgelttabellen online
Die im Juni geschlossene Tarifvereinbarung zu Entgelten in der Druckindustrie steht jetzt zum Download bereit:
www.bit.ly/LohnDruck

Tarifergebnis Bundesdruckerei
Im Nachgang zur Tarifrunde in der Druckindustrie gibt es auch bei der Bundesdruckerei ein Tarifergebnis. Wie in der Branche werden die Löhne demnach in zwei Schritten um insgesamt 3,8 Prozent erhöht. Beschäftigte in Vollzeit erhalten zudem eine Einmalzahlung von 450 Euro (Teilzeitkräfte anteilig), Auszubildende von 225 Euro. Außerdem fließen 0,5 Prozent aus der variablen Komponente ab 2017 in die Entgelttabellen ein. Die betriebliche Altersversorgung wird fortgeführt. Mehr als 95 Prozent der ver.di-Mitglieder haben sich in einer Befragung für die Annahme des Ergebnisses ausgesprochen.

Norden diesmal nicht abgehängt
Erstmals seit längerer Zeit wird die Tarifeinigung in der Druckbranche ohne Abstriche auf den Norden übertragen. Der Verband Norddeutscher Zeitungsverlage stimmte zu, die Bezahlung in den Verlags- und technischen Bereichen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wie anderswo in der Republik um insgesamt 3,8 Prozent zu erhöhen.

Tarifkonflikt in Zeitschriften beigelegt
Ende Juli hat ver.di auch für die gut 5.000 Angestellten der Zeitschriftenredaktionen einen Tarifvertrag erreicht, der sich am Ergebnis der Druckindustrie und der Zeitungsverlage orientiert. Bei einer Laufzeit von 25 Monaten werden die Gehälter ab September 2016 um 1,5 Prozent und im September 2017 um weitere 1,6 Prozent angehoben.

MEIN STANDPUNKT

Was hältst du von der Arbeitsmarktreform in Frankreich?

Foto: privat

Romain Altmann ist Generalsekretär der Mediengewerkschaft Info'Com-CGT, die unter anderem die Beschäftigten von Akzidenzdruckereien organisiert und Teil der Branchengewerkschaft FILPAC-CGT ist.

Wir kämpfen seit Monaten gegen das »Arbeitsgesetz« (»Loi travail«). Seit März hatten wir insgesamt 14 gewerkschaftliche Aktionstage mit Streiks und Demonstrationen. Das Gesetz erlaubt, die Arbeitszeiten in den Betrieben ohne Lohnausgleich zu verlängern. Mit Hilfe von Minderheitsgewerkschaften können die Unternehmen die Flächentarifverträge von Mehrheitsgewerkschaften unterlaufen. Dagegen wehren wir uns – auch weiterhin. Das Gesetz ist am 8. August dieses Jahres in Kraft getreten.

Obwohl wir die Verabschiedung nicht verhindern konnten, würde ich nicht von einer Niederlage sprechen. Der Vorstoß hat zu einer breiten und vielfältigen sozialen Bewegung Anlass gegeben. Neben abhängig Beschäftigten haben sich darin auch viele junge Menschen engagiert, etwa bei der Platzbesetzerbewegung »Nuit debout« (»Aufrecht durch die Nacht«). Dies lässt für die Zukunft hoffen, dass die Menschen Verschlechterungen nicht über sich ergehen lassen. Das gilt auch für das »Arbeitsgesetz« selbst, gegen dessen Umsetzung wir nun auf betrieblicher Ebene mobilisieren. Wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, können die abhängig Beschäftigten solche Rückschritte abwehren und auch für zukunftsträchtige Forderungen wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden kämpfen. Mitte September werden die Menschen erneut im ganzen Land auf die Straße gehen.

Protokoll: Bernard Schmid, Paris

Foto: privat

Zweites Zuhause verloren

»Vielleicht bin ich ein Besessener«, sagt Peter Reinold, 64, Betriebsratsvorsitzender beim Westfalen-Blatt, von sich. Auf jeden Fall ist er ein Mensch mit Prinzipien und vielen Funktionen bei ver.di. Einer, der die Schließung des Heinrich-Hansen-Hauses so schnell nicht vergessen wird. | **MICHAELA BÖHM**

Nur der Warmhaltewagen steht noch im Speisesaal, leer und kalt, als hätte ihn jemand vergessen. Die Elektrokabel hängen wie tote Schlangen herunter. Die Tafel am Empfang ist blank, auf dem Tresen nicht ein Fitzelchen Papier. Und der Veranstaltungsraum der Bildungsstätte – die Brücke – liegt da wie ein verlassener Tanzsaal, die dicken, roten Vorhänge sperren die Sonnenstrahlen aus.

Peter Reinold fegt mit der Hand die Spinnweben weg und steuert auf das Zimmer mit der Nummer zwei zu. Dort hat er am 6. Dezember zum letzten Mal gewohnt, bevor das Heinrich-Hansen-Haus geschlossen wurde. Geht rein, bleibt in der Ecke stehen und betrachtet das Zimmer aus der Entfernung. »Das ist doch keine Bruchbude.« Bruchbude, so hat eine aus dem Gewerkschaftsrat die ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste genannt. Und dann für die Schließung gestimmt. Ohne das Haus je gesehen zu haben. So schließt es sich besser.

Reinold hat fast seine gesamte gewerkschaftliche Bildung und Gremienarbeit im Heinrich-Hansen-Haus gemacht. Hunderte Male ist er hierher gefahren. Sonntags zur Fachgruppe, zu den Branchenseminaren und Druckertagen, zu sämtlichen Seminaren für Betriebsräte. Denn als er sich entschieden hatte, als Betriebsrat zu kandidieren, »wollte ich das Handwerkszeug richtig lernen«. Und gegautscht worden ist er hier. Triefend, klatschnass und nach Luft schnappend hat er die alte Tradition der Buchdrucker und Schriftsetzer überstanden, die ihre Lehrlinge in einer Freisprechzeremonie nach bestandener Prüfung tunkten. Hörste war sein zweites Zuhause.

»Ich kann es nicht begreifen.« Er setzt die Brille ab, zieht ein Taschentuch hervor und wischt sich über die Augen. »Ich will es auch nicht.« Leise sagt er das. Es ist die Art und Weise gewesen, wie ver.di die Bildungsstätte dichtgemacht hat. Ohne ernsthaft Alternativen zu prüfen. »Skrupellos«, findet er. »Schlimmer als in jeder x-beliebigen Firma.« Mit einem Ruck schiebt er die Brille hoch – Schluss jetzt, er muss aufhören, darüber nachzugrübeln; sonst regt er sich wieder auf.

Das mit dem Nicht-Aufregen gelingt ihm gerade nicht so gut. Im Betrieb herrscht eine Stimmung, die Betriebsrätin Karin Deppe so beschreibt: »Die allgemeine Unzufriedenheit frisst sich durchs Haus, sucht ein Ventil und das ist

Fotos (5): David Bärwald, werkzwei, Detmold

oft Peter.« Der Buhmann. Der die Beschäftigten um ihr Geld bringt. So sehen das einige. Aber statt es ihm ins Gesicht zu sagen, machen sie ihrem Unmut anonym Luft. Peter Reinold zieht eine Kopie aus seiner Aktentasche: Darauf die Kandidatenfotos zur Betriebsratswahl, seines ist mit einem dicken Kreuz durchgestrichen, ein Auge blau ausgemalt.

Der Hintergrund: Als 2013 das neue Druckzentrum eröffnet wurde mitsamt neuer Druckmaschine, hat der Betriebsrat mit der Geschäftsführung gemeinsam die Arbeitszeit um drei Stunden verkürzt. »Andernfalls hätte die Modernisierung die Arbeit von acht Helfern gekostet.« Jobs sichern, den Tarif halten – das ist sein Ziel. Immer. Das ist er der Belegschaft schuldig, findet er. Die zieht mit, der Betriebsrat wird für den Deutschen Betriebsrätepreis nominiert.

Feiges Hintenherum

Doch dann kommt Druck. Die Gesellschafter wollen sparen, sagt die Geschäftsführung. Sie wollen die Streiks nicht. Sie wollen aus dem Tarif raus. Damit das nicht passiert, wird wieder die Arbeitszeit im Druckhaus gekürzt, jetzt auf 31,5 Stunden pro Woche. Das fehlt am Lohn. Gültig bis Ende 2019, so lange wie die Beschäftigungssicherung. Zudem schmilzt der Zuschlag für Samstagsarbeit, ist aber noch über Tarif. Die Antrittsgebühr bleibt, die gibt es sogar für die Frauen in der Einlage der Weiterverarbeitung. Aber das solidarische Modell zieht bei vielen nicht mehr.

Schuld sind die Veränderungen im neuen Druckzentrum, vermutet Karin Deppe. Zu wenige Drucker an der Maschine, die Hetze, die kürzere Arbeitszeit und weniger Geld. Der Unmut sucht im Betriebsrat einen Schuldigen, glaubt sie. Peter Reinold weiß das. »Es ist schwierig, gleichzeitig sauber zu bleiben und dauernd Kompromisse eingehen zu müssen.« Das macht ihm zu schaffen. Dieses Kreuz durch sein Gesicht, das feige Hintenherum, das ärgert ihn. Und dass einige Kollegen und Kolleginnen die Absicherung der Arbeitsplätze in den nächsten Jahren nicht wertschätzen. Dieses schlechte Gefühl folgt ihm bis nach Hause.

Stur und ordentlich

Dabei hat er es in den vergangenen Jahren geschafft, die Arbeit abends hinter sich zu lassen, sobald sich die Schranke am Werkseingang hinter ihm schloss. Nicht mal den Ärger, damals mit dem alten Geschäftsführer, hat er mit nach Hause genommen. Ein Beschlussverfahren nach dem anderen; immer wieder musste der Betriebsrat vors Arbeitsgericht ziehen, weil sich der Geschäftsführer querstellte. »Mit den Jahren habe ich gelernt, mit der Gegenseite umzugehen. Nur Draufhauen bringt nichts.« Was dann? »Peter bleibt so lange an einer Sache dran, bis er sie durchgezogen hat«, sagt Karin Deppe. Manche sagen, er sei stur. Und extrem in seinem Ordnungsfimmel.

Die Maus exakt in der Mitte des Mousepad, der Stifthalter parallel zur Unterlage, Kante auf Kante, als hätte einer mit dem Lineal nachgemessen. Alle Ordner in der gleichen Schriftgröße beschriftet, jedes Foto in einer Klarsichthülle, dahinter der Bildtext. Abends verschwindet jedes Stück Papier, jeder Ordner von der Schreibtischfläche, ein Ziehen und Drücken, jetzt steht auch der Schreibtischstuhl, wo er stehen soll. Extrem. Er zuckt die Schultern, sollen sie doch sagen, was sie wollen. Er hat seine Prinzipien. »Ich brauche die Ordnung, um einen Überblick zu behalten.« Über all die Sitzungen, Sitzungsunterlagen und Gremien. Warum tut er sich das an? Falsche Frage. »Ich mache das nicht widerwillig, sondern gern.« Viele ließen sich nicht mehr gern in Gewerkschaftsarbeit einbinden. Er ist anders. »Vielleicht bin ich ein Besessener. Ich will mit Macht Gewerkschaftsstrukturen erhalten.«

Draußen, vor dem Heinrich-Hansen-Haus, wo einst die Stühle unterm Sonnenschirm standen, wuchern Steinkraut, Disteln, Giersch und Schafgarbe. Ein dürres Geäst lässt sich vom Wind treiben. »Das wäre der Tagesablauf gewesen: Seminar, grillen, ein schönes, kaltes Bier dazu und mit den Kollegen zusammensitzen. Das war Hörste.«

Aktiv auf allen ver.di-Ebenen

Mit 15 Jahren hat Peter Reinold seine Lehre als Buchdrucker begonnen. Sechs Jahre später schulte er beim *Westfalen-Blatt* in Bielefeld zum Rotationsdrucker um. Mehr als vier Jahrzehnte ist er jetzt dort beschäftigt. Wenn er nächstes Jahr in Rente geht, hat er insgesamt 50 Jahre gearbeitet und war 20 Jahre lang freigestellter Betriebsratsvorsitzender. Bis dahin behält er sämtliche Funktionen bei ver.di und das sind eine ganze Menge: Vorsitzender im Ortsverein Bielefeld, einer der Stellvertreter des ver.di-Bezirksvorsitzenden und stellvertretender Vorsitzender in der Landesfachgruppe, Mitglied im Landesbezirksfachbereichsvorstand. Weiter: Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Bundesfachgruppe und der Tarifkommission in der Druckindustrie.

Das bürgerlich-konservative *Westfalen-Blatt* gehört mehrheitlich der Familie Busse, weitere Anteile halten Dirk Ippen und die Aschendorff-Gruppe. Im Druckzentrum arbeiten rund 100 Beschäftigte; Satz, Redaktion und weitere Abteilungen mit 220 Frauen und Männern gehören zu einer weiteren eigenständigen Firma.

Foto: privat

Die Setzmaschine aus Hörste ist gerettet und ins Druckzentrum des Westfalen-Blatts zurückgekehrt.

Korrektur

In der DRUCK+PAPIER 3.2016 ist uns auf Seite 8 auf der Landkarte zu Dirk Ippens Zeitungsimperium ein Fehler unterlaufen. Das *Westfalen-Blatt* ist – anders als in der Darstellung – tarifgebunden.

REZENSION

Anderthalb Kilo Geschichte

Vordenker, Strategen – und gute Schreiber. Ein Buch über die mehr als 150-jährige Tradition der DRUCK+PAPIER | MICHAELA BÖHM

Hallo du. Oder Sie. Beim Lesen erwischt! Freut mich. Wer jetzt in der DRUCK+PAPIER herumblättert oder auf ihr hoch- und runterscrollt, hat nicht nur das jüngste Machwerk der Redaktion in der Hand, sondern bewegt sich auch inmitten einer mehr als 150-jährigen Tradition. Denn DRUCK+PAPIER ist die Nachfolgezeitung von *Der Correspondent*, der »Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer«. Erstmals erschienen am 1. Januar 1863.

Biografien erzählen Geschichte

Was in der Zwischenzeit bis heute passiert ist, hat Rüdiger Zimmermann aufgeschrieben. Herausgekommen ist das Buch »Vordenker und Strategen«, anderthalb Kilo schwer und 480 Seiten dick. Der ehemalige Chefbibliothekar der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hatte eine kluge Idee. Statt Geschichte in Jahreszahlen zu quetschen, erzählt er sie entlang von Menschen: mit 22 Biografien von Redakteuren, die von 1863 bis vor Kurzem für die Branchenzeitung verantwortlich waren.

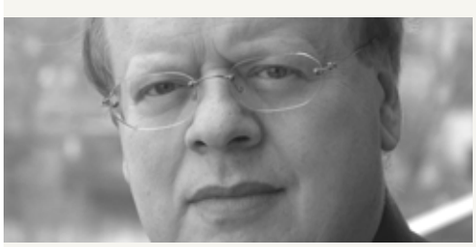


Foto: Renate Koßmann (Archivfoto)

Einer fehlt: Henrik Müller, bis 2012 Redakteur der DRUCK+PAPIER

Bis vor Kurzem? Stimmt nicht. Denn einer fehlt. Bis 2012 recherchierte, schrieb und redigierte Henrik Müller 16 Jahre lang die DRUCK+PAPIER. Und so wie die anderen Kollegen (keine einzige Frau ist darunter) hätte auch Henrik Müller eine knackige Überschrift verdient gehabt. Etwa: das wandelnde Lexikon der Arbeiterbewegung. Weil er so viel weiß und wusste. Vermutlich machte sich Henrik Müller lieber daran, das Werk zu lektorieren. Gemeinsam mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und seinem Stellvertreter Frank Werneke hat er es herausgegeben. Müller war der letzte fest angestellte Redakteur der DRUCK+PAPIER und einer der wenigen gelernten Journalisten. Denn zu verantwortlichen Redakteuren auserkoren wurden allen voran Schriftsetzer, aber auch Drucker und ein Jurist. Merke ich mir: Facharbeiterschutz gilt nur für die anderen, nicht aber für Journalisten.

Hallo du. Noch da? Lass dir, Kollege und Kollegin, gesagt sein: Unsere Vorgänger-Redakteure mussten nicht so um die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder betteln. Drei Mal pro Woche ist der *Korrespondent* (so die spätere Schreibweise) von 1875 an erschienen, öfter als jedes andere Gewerkschaftsblatt. Und man musste die Zeitung extra bezahlen – das Abonnement gehörte nicht zur Mitgliedschaft im Verband der Deutschen Buchdrucker, der ältesten Vorläuferorganisation von ver.di. Kurzum: Die Buchdrucker und Schriftgießer lechzten geradezu nach Neuigkeiten und Standpunkten. Und befeuerten ihrerseits die Redaktion mit wöchentlich 50 bis 60 Berichten.

Vieles war damals anders. Nicht selten standen früher Redakteure mit einem Bein im Gefängnis, wie es im Vorwort heißt. Allein eine Warnung vor der Übernahme von Streikbrucharbeit konnte wegen »Ehrverletzung« oder »Verrufserklärung« mit mehrwöchiger Gefängnishaft bestraft werden.

Mutige Redakteure

Manch einer traute sich auch mehr als heute. Zum Beispiel Egon Lutz, Schriftsetzer und 1960 jüngster Chefredakteur eines Gewerkschaftsblatts. Er griff bundesweite Skandale auf und beschränkte sich nicht auf Branchenspezifisches. Ob der Widerstand spanischer Gewerkschafter gegen die Franco-Diktatur oder die Lebens- und Arbeitsbedingungen der »Gastarbeiter«, solche Themen fanden Platz. Sein Ton: scharf, polemisch, satirisch. Was Egon Lutz auch mal eine Strafanzeige des damaligen Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß (CSU) einbrachte.

Aber nicht alles war anders. Ein guter Schreibstil ist damals genauso gut angekommen wie heute. Wie eben der von Egon Lutz. Der, sagt Rüdiger Zimmermann, setzte sich von der »Schwerblütigkeit« vieler ehrenamtlicher und hauptamtlicher Gewerkschaftsjournalisten ab.

Foto: werkzwei, Detmold

Grotesk mutet heute allerdings die aggressive Reaktion der Unternehmer auf die Serie »Was uns im Betrieb geärgert hat« im Jahr 1962 an. Das zeigt eins: Unternehmer und Arbeitgeber haben die Gewerkschaftspresse damals ernst genommen.

»Der radikale Doktor«

Jahre später trat wieder einer an, der über »eine geschliffene Rhetorik« verfügte, polemisch zuspitzte und wortgewaltig schrieb und redete: »der radikale Doktor« Detlef Hensche. Ins öffentliche Bewusstsein schaffte es der Jurist jedoch weniger durch seine journalistische Arbeit als vielmehr durch die beiden großen Arbeitskämpfe in der Druckindustrie 1976 und 1978.

Es reicht jetzt, findest du? Dann solltest du dir im Internet mal die Ausgaben von 1870 bis 1933 anschauen (http://library.fes.de/gwp/browse). Ganze Seiten ohne Fotos und ohne Grafiken, dafür jede Menge Stellenanzeigen und Text. Daher hat die Bleiwüste ihren Namen.

Rüdiger Zimmermann: Vordenker und Strategen – Die Gewerkschaftspresse im grafischen Gewerbe und ihre Redakteure seit 1863, Metropol, 2016, 29,90 Euro, ISBN: 978-3-86331-302-9

INTERVIEW MIT CONRAD SCHUHLER

Über Fluchtursachen

DRUCK+PAPIER: *Welche Ursachen hat die Zunahme der Flüchtlingszahlen?*
Conrad Schuhler: Es sind vor allem drei: Krieg, Armut und Umweltzerstörung. All diese Faktoren entwickeln sich nicht naturwüchsig. Sie sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Länder wie die USA und Deutschland die Herkunftsländer der Geflüchteten wirtschaftlich ausbeuten. Und dass Allianzen der imperialistischen Metropolen ihr globales Diktat mit Militäreinsätzen, also mit Krieg, durchsetzen. Mit den Flüchtlingen kommt das Problem zum Verursacher.

Inwiefern gehört Deutschland zu den Verursachern der Flüchtlingsströme?
Die Länder des Südens werden so in die globale Wirtschaft integriert, dass sie ihre Versorgungsunabhängigkeit verlieren, ihre Landwirtschaft auf Exporte ausgerichtet wird und sie selbst auf Lebensmittelimporte angewiesen sind. Mit den EPAs (Economic Partnership Agreements) der EU mit afrikanischen Ländern werden diese zu einer radikalen Marktöffnung für EU-Importe gezwungen. Allein dadurch verliert Afrika jährlich rund 20 Milliarden US-Dollar an Exporteinnahmen. Die EU hat mit 16 Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik Verträge über die Nutzung von Fischfanggebieten abgeschlossen. Die Groß-Trawler der Europäer zerstören die einheimische Fischereiwirtschaft und werden dabei mit knapp einer Milliarde Euro von der EU subventioniert.

Dieses globale Ausbeutungssystem wird immer stärker auch militärisch durchgesetzt. Im Nahen Osten und in Afrika herrschen verheerende Kriege, dort sind auch die Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge. Deutschland ist fast immer bei den Kriegseinsätzen dabei. Derzeit gibt es 13 Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Kämpft die Bundeswehr in diesen Ländern nicht für Stabilität und Demokratie?
In der westlichen Propaganda gibt es den Kampfbegriff »failed states«, fehlgeschlagene Staaten, wegen deren Impotenz man militärisch eingreifen müsse. Das ist eine Umkehrung von Ursache und Wirkung. Diese Staaten sind in erster Linie deshalb gescheitert, weil sie dem politischen und militärischen Druck der imperialistischen Mächte ausgesetzt waren. So lief es in Afghanistan, im Irak, in Libyen, so findet es derzeit in Syrien statt. In Ägypten hat sich mit Hilfe von Saudi-Arabien eine Militärdiktatur durchgesetzt und den gewählten Präsidenten Mursi zum Tode verurteilt – unter dem Beifall des Westens. Die Bundeswehr und die Nato haben nirgendwo der Demokratie geholfen, sondern den Cliquen, die ihnen Kooperation bei ihren Interessen zusichern.

Conrad Schuhler ist Leiter des Münchner Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw). Bei den ver.di-DruckerTagen referiert er zum Thema Fluchtursachen.

Was muss sich ändern?
Wir brauchen eine andere Form der Verteilung von Macht und Reichtum. Der Sozialphilosoph Max Horkheimer hat zu Nazi-Deutschland gesagt: Wer nicht vom Kapitalismus reden will, der soll vom Faschismus schweigen. Heute ist zu sagen: Wer nicht vom globalen Kapitalismus reden will, der soll von den Flüchtlingen schweigen. Wir brauchen also grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen. Unmittelbar sollten wir Druck dafür machen, dass die profitorientierte Ausbeutung sowie Militäreinsätze und Waffenlieferungen durch die westlichen Länder gestoppt werden. Von Attac bis zum Weltsozialforum – es gibt viele Organisationen und Gruppen, die sich für eine gerechtere und soziale Welt einsetzen. Das ist der richtige Weg.

INTERVIEW: DANIEL BEHRUZI

Neben Conrad Schuhler wird Professor Christoph Butterwegge von der Uni Köln bei den ver.di-DruckerTagen sprechen. Sein Thema: »Armut in einem reichen Land«

NACHRUFE

Manfred Leikauf

Ein Urgestein der alten IG Druck und Papier ist nicht mehr unter uns. Am 22. August 2016 starb Manfred Leikauf im Alter von 88 Jahren in einem Nürnberger Seniorenheim. Schon in jungen Jahren wurde er Mitglied der Großen Tarifkommission der IG Druck und Papier und nach kurzer Zeit auch im Hauptvorstand. In der Organisation war Manfred Leikauf allseits sehr beliebt. Fast legendär sind seine Wortbeiträge auf Gewerkschaftstagen und Konferenzen. Er zeigte immer auf den richtigen Weg, weil er auch zu Kompromissen bereit war. Vergönnt war es ihm leider nicht, das Ende seiner hauptamtlichen Tätigkeit selbst zu bestimmen. Ende der 1980er Jahre riss ihn ein Herzinfarkt jäh aus seiner aktiven Laufbahn. Wir betrauern einen sehr aktiven, aber auch bescheidenen Menschen und Gewerkschafter.

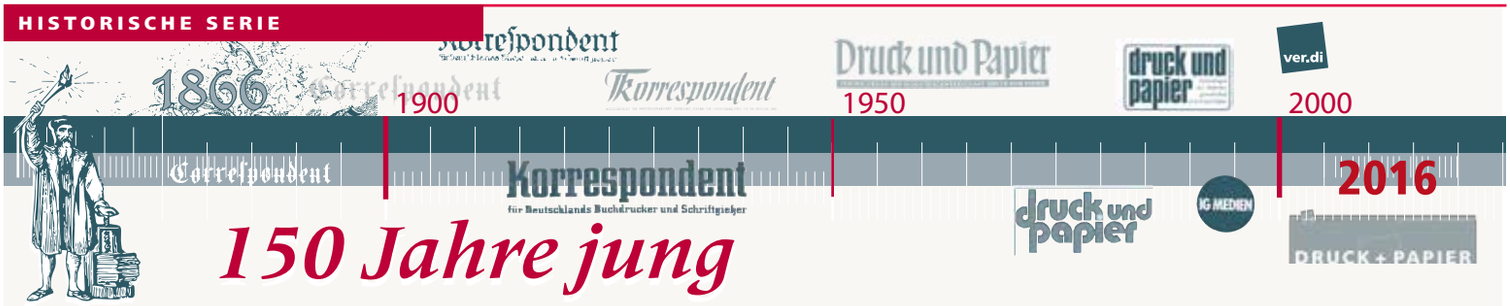
Horst Wisotzki

Unser Kollege Horst Wisotzki ist am 26. Juli 2016 im Alter von 92 Jahren in Hagen gestorben. Als Betriebsratsvorsitzender in der ehemaligen Firma Westdruck in Hagen von 1955 bis 1975 hat er gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen vorbildliche soziale Verhältnisse durchgesetzt. Im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen die Notstandsgesetze wurde er fristlos entlassen. Die Belegschaft legte daraufhin geschlossen die Arbeit nieder und zwang die Geschäftsleitung, die Kündigung zurückzunehmen. Die schwersten Tage erlebte er, als die WAZ-Konzernleitung den Betrieb auflöste und so die kampfkräftige Belegschaft 1975 zerschlug. Horst Wisotzki war ein wunderbarer Mensch und vorbildlicher Kollege. Als herausragendes Beispiel für den aufrechten Gang wird er in guter Erinnerung bleiben.

IMPRESSUM

DRUCK+PAPIER – die ver.di-Branchenzeitung – erscheint gedruckt für die Mitglieder der Alt-Fachgruppen Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Papier- und Kunststoffverarbeitung als Beilage zur ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK. 154. Jahrgang.
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand/Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Frank Bsirske und Frank Werneke.
Redaktion: Daniel Behruzi, Michaela Böhm, Andreas Fröhlich (verantwortlich), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel.: 030.6956-2318, Fax: 030.6956-3654, drupa@verdi.de.
Design und Vorstufe: werkzwei, Detmold.
Druck: apm AG, Darmstadt.

HISTORISCHE SERIE



150 Jahre jung

»Von der Buchdruckergewerkschaft zu ver.di« heißt das Motto in diesem Jubiläumsjahr. Wir erinnern an Wegmarken. Druck+Papier kann das auf eigene Weise tun, denn unsere Branchenzeitung hat diese Entwicklung von Beginn an dokumentiert.

Antworten auf technischen Wandel

»Satzherstellung muss Facharbeit bleiben!« Das stand Anfang 1978 auf Streiktransparenten in vier wichtigen bundesdeutschen Zeitungsbetrieben. Der Arbeitskampf galt den 40.000 Schriftsetzern, die durch die elektronischen Umbrüche in der Zeitungsproduktion ihrer fachlichen Kompetenzen enteignet und damit ihrer beruflichen Perspektiven beraubt wurden. Die gewerkschaftliche Gegenstrategie: ein Tarifvertrag, der Facharbeit sichern, Bildschirmpausen regeln und verbieten sollte, dass Journalisten Textgestaltung übernehmen. Die Druckgewerkschaft samt ihrer Journalisten-Union, der DJV und die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) verhandelten gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden. Diese agierten mit härtesten Bandagen. Im März sperrten die Unternehmer nicht nur die Belegschaften der Streikbetriebe, sondern flächendeckend aus. Drei Jahre später wurde die Unverhältnismäßigkeit dieser Methoden auch gerichtlich festgestellt. Doch selbst diese konnten nicht verhindern, dass der »Tarifvertrag über die Einführung und Anwendung rechnergestützter Textsysteme« am 20. März 1978 unterzeichnet wurde.

In Ausgabe 5 vom 27. Februar hatte Detlef Hensche, damals Redakteur von »druck und papier«, in seiner Kolumne in gemäßigter Kleinschreibung kommentiert:

»Und wenn wir in den nächsten tagen zu schwerpunktstreiks aufrufen, so ist und bleibt das streikziel der bundeseinheitliche tarifvertrag ... Der arbeitskampf geht alle an, nicht nur die setzer. Drucker, auch kolleginnen und kollegen der weiterverarbeitung, auch angestellte und journalisten sind zum streik und zur unterstützung der schwerpunktstreiks aufgerufen ... Der arbeitskampf geht auch die übrigen gewerkschaften an. Was sich zur zeit in den druckbetrieben vollzieht, wird sich morgen in anderen wirtschaftszweigen wiederholen. Der DGB und seine gewerkschaften haben uns daher unterstützung zugesichert.«

Diese Hilfe wurde existenziell, auch um die IG Druck und Papier vor dem finanziellen Ruin

zu bewahren. Wenige »druck und papier«-Ausgaben später erörterte der Gewerkschaftsvorsitzende Leonhard Mahlein erneut ausführlich die *»Tarifpolitik im zeichen des technischen wandels«*. Da war im Zentralorgan bereits von der 35-Stunden-Woche die Rede.

-neh

PREISRÄTSEL: AUFLÖSUNG UND GEWINNER/INNEN

Spezialisten für Linien und Seiten

Die Bezeichnungen zweier längst ausgestorbener Berufe des grafischen Gewerbes bilden die Lösung des Preisrätsels in DRUCK+PAPIER Nr. 3/2016 (und nicht nur eine Bezeichnung, wie versehentlich angegeben): zum einen der »Liniierer« (mit drei »i«) und zum anderen der »Metteur«.

Der Liniierer war der Experte für die grafische Gestaltung und die Formherstellung von Druckbildern, die im Wesentlichen eben aus Linien bestehen: Schulschreibhefte (liniiert, kariert etc.), Geschäftsdrucksachen für die Buchhaltung und dergleichen.

Der Metteur war ein Schriftsetzer, der den in Textspalten und mehrspaltigen Überschriften hergestellten Bleisatz – nach eigenen Gestaltungsideen oder nach Vorgaben – zu Buch- oder Zeitungsseiten zusammenstellte. Der Begriff stammt aus dem Französischen (meteur de pages).

Unter den Bedingungen der digitalisierten Medienproduktion gehört die Arbeit des Liniierers und des Metteurs heutzutage zu den Aufgaben von Mediengestalter/innen und Grafikdesigner/innen. (hem)

S	A	S	S	E	■	D	■	M	I	M	I	K
A	■	P	■	L	A	U	B	E	■	I	■	I
L	H	A	S	A	■	B	■	E	B	E	N	E
O	■	L	I	N	I	I	E	R	E	R	■	P
N	O	T	E	■	R	O	I	■	T	E	T	E
■	R	■	B	L	E	S	S	U	R	■	E	■
K	A	M	E	E	■	A	■	R	U	B	E	L
A	■	A	N	I	S	■	A	L	G	E	■	O
P	O	L	■	T	E	S	L	A	■	G	A	G
■	Z	■	M	E	T	T	E	U	R	■	C	■
T	E	N	O	R	■	E	■	B	U	C	H	E
■	A	■	L	I	T	A	U	E	N	■	S	■
A	N	D	E	N	■	K	■	R	E	G	E	L

Die **Gewinner/innen** des Kreuzworträtsels in DRUCK+PAPIER 3.2016 sind:

1. Preis: David Hofmann, 73230 Kirchheim (100-Euro-Geschenkgutschein)

2. und 3. Preis: Bernd Mehlig, 97082 Würzburg; Peter Hohlweg, 96247 Michelau (Buch »Vordenker und Strategen«)

4. Preis: Gabriela Radvan, 12353 Berlin (ver.di-Obstschneideset)

5. bis 7. Preis: Monika Ogorsolka, 38642 Goslar; Lothar Krönert, 01099 Dresden; Klaus Kroha, 61200 Wölfersheim (ver.di-Kunstkalender)

8. Preis: Ester Bangert, 33649 Bielefeld (ver.di-Powerbank)

9. Preis: Heidrun Enders, 23562 Lübeck (ver.di-Kaffee)